Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/**11530**
15.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Anlage VI des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag vom 14. Juni 2005 über die Haftung bei umweltgefährdenden Notfällen (Antarktis-Haftungsannex)

A. Problem und Ziel

Vor dem Hintergrund ihrer geographischen und klimatischen Bedingungen unterliegt die Antarktis einem einzigartigen völkerrechtlichen Vertragsregime. Dieses fußt auf dem im Jahr 1961 und für die Bundesrepublik Deutschland am 5. Februar 1979 in Kraft getretenen Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959 (BGBl. 1978 II S. 1517, 1518; 1979 II S. 420), nach dem der Kontinent und seine angrenzenden Gewässer der friedlichen Nutzung, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung, vorbehalten bleiben. Um der Fragilität des antarktischen Ökosystems und der Bedeutung der Antarktis für das Weltklima und den globalen Süßwasserhaushalt Rechnung zu tragen, ist der Antarktis-Vertrag in den letzten Jahrzehnten um eine Reihe von Protokollen und Annexen ergänzt worden. Das am 4. Oktober 1991 in Madrid beschlossene Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag (Antarktis-Umweltschutzprotokoll) (BGBl. 1994 II S. 2478, 2479) enthält die umfangreichsten Regelungen zum Umweltschutz, die für einen Kontinent und dessen Seegebiete in einer internationalen Übereinkunft erarbeitet wurden.

Mit der Anlage VI („Liability Arising From Environmental Emergencies“) zum Antarktis-Umweltschutzprotokoll (kurz: Haftungsannex), die am 14. Juni 2005 in Stockholm vereinbart wurde, hat sich die Konsultativtagung des Antarktis-Vertrags erstmals auf Haftungsregeln für private und staatliche Akteure bei umweltgefährdenden Notfällen in der Antarktis verständigt. Vorausgegangen waren mehr als 13-jährige Verhandlungen, in denen sich die Bundesrepublik Deutschland als wich-

tiger Akteur im Bereich der Antarktisforschung und des antarktischen Umweltschutzes nachdrücklich für einen effektiven und praktikablen Haftungsmechanismus eingesetzt hatte.

Völkerrechtlich werden mit dem Haftungsannex entscheidende Pflichten verankert: Neben Präventions- und Reaktionspflichten, die Betreiber antarktischer Tätigkeiten zur Vermeidung und Bekämpfung umweltgefährdender Notfälle treffen, sieht der Haftungsannex Kompensationspflichten für reine Umweltschäden vor, die im Zuge solcher umweltgefährdenden Notfälle auftreten.

Die Anlage VI tritt nach Artikel 9 Absatz 2 des Antarktis-Umweltschutzprotokolls in Verbindung mit Artikel IX Absatz 4 des Antarktis-Vertrags in Kraft, wenn sie von allen Teilnehmern der XXVIII. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag genehmigt worden ist. Die Genehmigung als eine Form der völkerrechtlichen Zustimmung, durch einen Vertrag gebunden zu sein, entspricht in ihrer Wirkung der Ratifikation. Deutschland wird die Genehmigung durch Hinterlegung einer Genehmigungsurkunde vornehmen.

Das Vertragsgesetz dient als Grundlage für die vorzunehmende Hinterlegung der Genehmigungsurkunde, die innerstaatlich die Umsetzung durch Vertragsgesetz nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes voraussetzt.

Sofern Bestimmungen des Haftungsannexes mittels eines Umsetzungsgesetzes in die deutsche Rechtsordnung übernommen werden, sind diese im Gesetz zur Ausführung der Anlage VI des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag über die Haftung bei umweltgefährdenden Notfällen vom 14. Juni 2005 (Antarktis-Haftungsgesetz) enthalten.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Genehmigung des Antarktis-Haftungsannexes geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Vertragsgesetz sind keine Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte zu erwarten. Zu Mehrausgaben kann es durch die Ausführung kommen. Die Einzelheiten sind im Ausführungsgesetz dargestellt.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch das Vertragsgesetz entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch die Genehmigung des Antarktis-Haftungsannexes und das hierfür erforderliche Vertragsgesetz entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand der Verwaltung.

Länder und Gemeinden werden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

F. Weitere Kosten

Durch das Vertragsgesetz entstehen keine weiteren Kosten. Allerdings kann durch die Ausführung des Antarktis-Haftungsannexes ein erhöhter Erfüllungsaufwand für die Wirtschaftsteilnehmer zu erwarten sein, die als Betreiber Tätigkeiten in der Antarktis durchführen. Das wäre insbesondere eine Folge der Präventionspflichten, wenn diese einen größeren Vorbereitungsaufwand, gegebenenfalls durch erforderliche zusätzliche Ausrüstung, erfordern.

Durch die Ausführung des Antarktis-Haftungsannexes im Antarktis-Haftungsgesetz können sich touristische Reisen und Expeditionen in die Antarktis für Verbraucherinnen und Verbraucher verteuern. Angesichts des verhältnismäßig geringen Umfangs des Antarktistourismus ist jedoch nicht von messbaren Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, auszugehen.

Der Verwaltung des Bundes entsteht mittelbar ein geringer zusätzlicher Erfüllungsaufwand durch die Ausführung des Antarktis-Haftungsannexes durch das Antarktis-Haftungsgesetz, da hierdurch die Aufgaben des Bundes erweitert werden. Dem Bund werden mittelbar in geringem Maße finanzielle Mehrbelastungen für Personal und Sachkosten entstehen.

Durch die Ausführung des Antarktis-Haftungsannexes entstehen zudem den staatlichen Forschungseinrichtungen zusätzliche Kosten für das Ergreifen von dem Stand der Technik entsprechenden Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung umweltgefährdender Notfälle und für die Erstellung dem Stand der Technik entsprechender Einsatzpläne zur Verringerung der Auswirkungen von durch sie verursachte umweltgefährdende Notfälle. Die Einzelheiten werden in der Gesetzesbegründung zum Ausführungsgesetz dargestellt.

Die Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln werden finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

Die Einzelheiten zu den hier genannten Kosten werden in der Gesetzesbegründung zum Antarktis-Haftungsgesetz dargestellt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 15. März 2017

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zur Anlage VI des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag vom 14. Juni 2005 über die Haftung bei umwelt-gefährdenden Notfällen (Antarktis-Haftungsannex)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 954. Sitzung am 10. März 2017 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zur Anlage VI des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag vom 14. Juni 2005 über die Haftung bei umweltgefährdenden Notfällen (Antarktis-Haftungsannex)

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Stockholm am 14. Juni 2005 von der XXVIII. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag beschlossenen Anlage VI des Umweltschutzprotokolls vom 4. Oktober 1991 (BGBl. 1994 II S. 2478, 2479) zum Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959 (BGBl. 1978 II S. 1517,1518) über die Haftung bei umweltgefährdenden Notfällen wird zugestimmt. Die Anlage wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Anlage nach Artikel 9 Absatz 2 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag in Verbindung mit Artikel IX Absatz 4 des Antarktis-Vertrags für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Anlage ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die Anlage nach Artikel 9 Absatz 2 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Vertragsgesetz schafft die Voraussetzungen für die Genehmigung des Haftungsannexes. Die materiellen Pflichten aus dem Haftungsannex werden, soweit erforderlich, durch das Gesetz zur Ausführung der Anlage VI des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag (Antarktis-Haftungsgesetz) konkretisiert und vollständig in das nationale Recht umgesetzt.

Durch die Ausführung des Antarktis-Haftungsannexes im Antarktis-Haftungsgesetz entstehen den staatlichen Forschungseinrichtungen zusätzliche Kosten vor allem für das Ergreifen von dem Stand der Technik entsprechenden Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung umweltgefährdender Notfälle und für die Erstellung dem Stand der Technik entsprechender Einsatzpläne zur Verringerung der Auswirkungen von durch sie verursachten umweltgefährdenden Notfällen. Der hierdurch entstehende Erfüllungsaufwand wird in der Begründung zum Antarktis-Haftungsgesetz dargelegt.

Durch die Genehmigung des Antarktis-Haftungsannexes entsteht ein geringer zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Verwaltung auf Bundesebene. Insbesondere unterwirft sich die Bundesrepublik Deutschland den in der Denkschrift zum Haftungsannex näher dargestellten Informationspflichten. Da umweltgefährdende Notfälle in der Antarktis, die durch einen Betreiber der Bundesrepublik Deutschland verursacht werden oder die Auswirkungen auf Betreiber oder Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland haben, selten vorkommen, lassen sich weder Fallzahlen vorhersagen noch Schätzungen über die Komplexität des Verfahrens vornehmen.

Durch die Konkretisierung des Antarktis-Haftungsannexes im Antarktis-Haftungsgesetz entsteht zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Verwaltung auf Bundesebene, da durch das Ausführungsgesetz zum Haftungsannex für Verwaltungsbehörden des Bundes bestehende Aufgaben erweitert werden. Die Einzelheiten sind in der Gesetzesbegründung zum Antarktis-Haftungsgesetz dargestellt.

Die Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln werden finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

Für Länder und Kommunen entstehen keine Mehrbelastungen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Anlage VI
des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag
über die Haftung bei umweltgefährdenden Notfällen

Annex VI
to the Protocol on Environmental Protection to the Antarctic Treaty
Liability Arising From Environmental Emergencies

Annexe VI
au Protocole au Traité sur l'Antarctique
relatif à la protection de l'environnement
Responsabilité découlant de situations critiques pour l'environnement

(Übersetzung)

Preamble

The Parties,

Recognising the importance of preventing, minimising and containing the impact of environmental emergencies on the Antarctic environment and dependent and associated ecosystems;

Recalling Article 3 of the Protocol, in particular that activities shall be planned and conducted in the Antarctic Treaty area so as to accord priority to scientific research and to preserve the value of Antarctica as an area for the conduct of such research;

Recalling the obligation in Article 15 of the Protocol to provide for prompt and effective response action to environmental emergencies, and to establish contingency plans for response to incidents with potential adverse effects on the Antarctic environment or dependent and associated ecosystems;

Recalling Article 16 of the Protocol under which the Parties to the Protocol undertook consistent with the objectives of the Protocol for the comprehensive protection of the Antarctic environment and dependent and associated ecosystems to elaborate, in one or more Annexes to the Protocol, rules and procedures relating to liability for damage arising from activities taking place in the Antarctic Treaty area and covered by the Protocol;

Noting further Decision 3 (2001) of the XXIVth Antarctic Treaty Consultative Meet-

Préambule

Les Parties,

Reconnaissant l'importance de prévenir, de réduire au minimum et de contenir l'impact des situations critiques pour l'environnement sur l'environnement en Antarctique et les écosystèmes dépendants et associés;

Rappelant l'article 3 du Protocole, en particulier que les activités sont organisées et conduites dans la zone du Traité sur l'Antarctique de façon à accorder la priorité à la recherche scientifique et à préserver la valeur de l'Antarctique en tant que zone consacrée à une telle recherche;

Rappelant également l'obligation à l'article 15 du Protocole de mettre en place des actions rapides et efficaces en réponse à des situations critiques pour l'environnement et d'établir des plans d'urgence pour faire face aux incidents susceptibles d'avoir des effets négatifs sur l'environnement en Antarctique ou les écosystèmes dépendants et associés;

Rappelant en outre l'article 16 du Protocole en vertu duquel les Parties au Protocole se sont engagées, conformément aux objectifs du Protocole en matière de protection globale de l'environnement en Antarctique et des écosystèmes dépendants et associés d'élaborer, dans une ou plusieurs annexes au Protocole, des règles et procédures relatives à la responsabilité pour les dommages résultant d'activités se déroulant dans la zone du Traité sur l'Antarctique et couvertes par le Protocole;

Notant la Décision 3 (2001) de la XXIVe Réunion consultative du Traité sur

Präambel

Die Vertragsparteien –

in der Erkenntnis, dass es wichtig ist, Auswirkungen umweltgefährdender Notfälle auf die antarktische Umwelt und die abhängigen und verbundenen Ökosysteme zu vermeiden, auf ein Mindestmaß zu beschränken und einzudämmen;

unter Hinweis auf Artikel 3 des Protokolls, wonach insbesondere Tätigkeiten im Gebiet des Antarktis-Vertrags so geplant und durchgeführt werden, dass der wissenschaftlichen Forschung Vorrang eingeräumt wird und der Wert der Antarktis als Gebiet für die Durchführung solcher Forschung erhalten bleibt;

unter Hinweis auf die Verpflichtung in Artikel 15 des Protokolls, umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen für umweltgefährdende Notfälle vorzusehen und Einsatzpläne aufzustellen, um auf Zwischenfälle mit möglichen nachteiligen Wirkungen auf die antarktische Umwelt oder die abhängigen und verbundenen Ökosysteme reagieren zu können;

unter Hinweis auf Artikel 16 des Protokolls, in dem sich die Vertragsparteien im Einklang mit den Zielen des Protokolls, die antarktische Umwelt sowie die abhängigen und verbundenen Ökosysteme umfassend zu schützen, verpflichteten, in einer oder mehreren Anlagen des Protokolls Regeln und Verfahren in Bezug auf die Haftung für Schäden auszuarbeiten, welche durch Tätigkeiten entstehen, die in dem Gebiet des Antarktis-Vertrags durchgeführt werden und von dem Protokoll erfasst sind;

ferner in Anbetracht des Beschlusses 3 (2001) der XXIV. Konsultativtagung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

ing regarding the elaboration of an Annex on the liability aspects of environmental emergencies, as a step in the establishment of a liability regime in accordance with Article 16 of the Protocol;

Having regard to Article IV of the Antarctic Treaty and Article 8 of the Protocol;

Have agreed as follows:

Article 1

Scope

This Annex shall apply to environmental emergencies in the Antarctic Treaty area which relate to scientific research programmes, tourism and all other governmental and nongovernmental activities in the Antarctic Treaty area for which advance notice is required under Article VII(5) of the Antarctic Treaty, including associated logistic support activities. Measures and plans for preventing and responding to such emergencies are also included in this Annex. It shall apply to all tourist vessels that enter the Antarctic Treaty area. It shall also apply to environmental emergencies in the Antarctic Treaty area which relate to other vessels and activities as may be decided in accordance with Article 13.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Annex:

(a) "Decision" means a Decision adopted pursuant to the Rules of Procedure of Antarctic Treaty Consultative Meetings and referred to in Decision 1 (1995) of the XIXth Antarctic Treaty Consultative Meeting;

(b) "Environmental emergency" means any accidental event that has occurred, having taken place after the entry into force of this Annex, and that results in, or imminently threatens to result in, any significant and harmful impact on the Antarctic environment;

(c) "Operator" means any natural or juridical person, whether governmental or nongovernmental, which organises activities to be carried out in the Antarctic Treaty area. An operator does not include a natural person who is an employee, contractor, subcontractor, or agent of, or who is in the service of, a natural or juridical person, whether governmental or non-governmental, which organises activities to be carried out in the Antarctic Treaty area, and does not include a juridical person that is a con-

l'Antarctique sur l'élaboration d'une annexe relative aux aspects de responsabilité des situations critiques pour l'environnement comme étant une étape vers l'instauration d'un régime de responsabilité et ce, conformément à l'article 16 du Protocole; et

Eu égard à l'article IV du Traité sur l'Antarctique et à l'article 8 du Protocole;

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

Champ d'application

La présente Annexe s'applique aux situations critiques pour l'environnement dans la zone du Traité sur l'Antarctique, qui ont trait à des programmes de recherche scientifique, au tourisme et à toutes autres activités gouvernementales et non gouvernementales dans la zone du Traité sur l'Antarctique pour lesquelles une notification préalable est requise en vertu du paragraphe 5 de l'article VII du Traité sur l'Antarctique, y compris les activités connexes de soutien logistique. Les mesures et plans nécessaires pour prévenir de telles situations critiques et pour y répondre sont également inclues dans la présente annexe. Cette dernière s'appliquera à tous les navires de tourisme entrant dans la zone du Traité sur l'Antarctique. Elle s'appliquera également aux situations critiques pour l'environnement dans la zone du Traité sur l'Antarctique qui ont trait à d'autres navires et activités en fonction de la décision qui serait prise conformément à l'article 13.

Article 2

Définitions

Aux fins de la présente Annexe:

a) Par «Décision», on entend une Décision adoptée conformément au Règlement intérieur des réunions consultatives du Traité sur l'Antarctique et mentionnée dans la Décision 1 (1995) de la XIXe Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique;

b) Par «situation critique pour l'environnement», on entend tous les événements accidentels qui se sont produits après l'entrée en vigueur de la présente annexe et qui se traduisent par ou menacent de se traduire de manière imminente par un impact significatif et nuisible sur l'environnement en Antarctique;

c) Par «opérateur», on entend une personne physique ou morale, qu'elle soit gouvernementale ou non gouvernementale, qui organise des activités devant être conduites dans la zone du Traité sur l'Antarctique. Un opérateur n'inclut pas une personne physique qui est un employé, un entrepreneur, un sous-traitant ou un agent, ou qui est au service d'une personne physique ou morale, gouvernementale ou non gouvernementale, qui organise des activités devant être conduites dans la zone du Traité sur

zum Antarktis-Vertrag über die Ausarbeitung einer Anlage über Haftungsfragen bei umweltgefährdenden Notfällen als ein Schritt in Richtung auf das Schaffen eines Haftungsregimes in Übereinstimmung mit Artikel 16 des Protokolls;

im Hinblick auf Artikel IV des Antarktis-Vertrags und Artikel 8 des Protokolls –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Geltungsbereich

Diese Anlage findet Anwendung auf umweltgefährdende Notfälle im Gebiet des Antarktis-Vertrags im Zusammenhang mit wissenschaftlichen Forschungsprogrammen, mit dem Tourismus oder mit sonstigen staatlichen oder nichtstaatlichen Tätigkeiten im Gebiet des Antarktis-Vertrags, für die nach Artikel VII Absatz 5 des Antarktis-Vertrags eine Unterrichtung im Voraus erforderlich ist, einschließlich der dazugehörigen logistischen Unterstützung. Diese Anlage enthält auch Maßnahmen und Pläne zu dem Zweck, solche Notfälle zu vermeiden oder auf sie zu reagieren. Sie findet auf alle Touristikschiffe Anwendung, die in das Gebiet des Antarktis-Vertrags einlaufen. Sie gilt auch für umweltgefährdende Notfälle im Gebiet des Antarktis-Vertrags im Zusammenhang mit anderen Schiffen und Tätigkeiten, über die in Übereinstimmung mit Artikel 13 beschlossen wird.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Anlage

a) bedeutet „Beschluss" einen nach der Geschäftsordnung der Konsultativtagungen zum Antarktis-Vertrag angenommenen und im Beschluss 1 (1995) der XIX. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag bezeichneten Beschluss;

b) bedeutet „umweltgefährdender Notfall" ein nach Inkrafttreten dieser Anlage eingetretenes Unfallereignis, das zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die antarktische Umwelt führt oder unmittelbar zu führen droht;

c) bedeutet „Betreiber" eine natürliche oder eine staatliche oder nichtstaatliche juristische Person, die im Gebiet des Antarktis-Vertrags durchzuführende Tätigkeiten organisiert. Der Begriff schließt eine natürliche Person aus, die Arbeitnehmer, Auftragnehmer, Unterauftragnehmer, Beauftragter oder Bediensteter einer natürlichen oder einer staatlichen oder nichtstaatlichen juristischen Person ist, die im Gebiet des Antarktis-Vertrags durchzuführende Tätigkeiten organisiert; er schließt ebenfalls eine

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

tractor or subcontractor acting on behalf of a State operator;

(d) "Operator of the Party" means an operator that organises, in that Party's territory, activities to be carried out in the Antarctic Treaty area, and:

(i) those activities are subject to authorisation by that Party for the Antarctic Treaty area; or

(ii) in the case of a Party which does not formally authorise activities for the Antarctic Treaty area, those activities are subject to a comparable regulatory process by that Party.

The terms "its operator", "Party of the operator", and "Party of that operator" shall be interpreted in accordance with this definition;

(e) "Reasonable", as applied to preventative measures and response action, means measures or actions which are appropriate, practicable, proportionate and based on the availability of objective criteria and information, including:

(i) risks to the Antarctic environment, and the rate of its natural recovery;

(ii) risks to human life and safety; and

(iii) technological and economic feasibility;

(f) "Response action" means reasonable measures taken after an environmental emergency has occurred to avoid, minimise or contain the impact of that environmental emergency, which to that end may include clean-up in appropriate circumstances, and includes determining the extent of that emergency and its impact;

(g) "The Parties" means the States for which this Annex has become effective in accordance with Article 9 of the Protocol.

Article 3

Preventative Measures

1. Each Party shall require its operators to undertake reasonable preventative measures that are designed to reduce the risk of environmental emergencies and their potential adverse impact.

2. Preventative measures may include:

(a) specialised structures or equipment incorporated into the design and con-

l'Antarctique, et n'inclut pas une personne morale qui est un entrepreneur ou un sous-traitant agissant au nom d'un opérateur étatique;

d) Par «opérateur de la Partie», on entend un opérateur qui organise, sur le territoire de cette Partie, des activités devant être conduites dans la zone du Traité sur l'Antarctique, et

(i) ces activités sont sujettes à l'autorisation par cette Partie pour la zone du Traité sur l'Antarctique; ou

(ii) dans le cas d'une Partie qui n'autorise pas formellement des activités pour la zone du Traité sur l'Antarctique, ces activités sont sujettes à une procédure réglementaire comparable de cette Partie.

Les termes et expressions «son opérateur», «la Partie de l'opérateur» et «la Partie de cet opérateur» seront interprétés en conformité avec cette définition.

e) Par «raisonnable», lorsque ce terme est appliqué aux mesures de prévention et aux actions en cas d'urgence, on entend les mesures ou actions qui sont appropriées, possibles, proportionnées et fondées sur la disponibilité de critères objectifs et d'informations, y compris:

(i) les risques pour l'environnement en Antarctique et le taux de sa résilience;

(ii) les risques pour la vie et la sécurité humaines; et

(iii) la faisabilité économique et technologique.

f) Par «actions en cas d'urgence», on entend des mesures raisonnables prises après qu'une situation critique pour l'environnement se soit produite pour éviter, réduire au minimum ou contenir l'impact de cette situation critique pour l'environnement qui, à cette fin, peuvent inclure des opérations de nettoyage dans des circonstances appropriées, et notamment la détermination de la gravité de cette situation critique et de son impact;

g) Par «Parties», on entend les Etats pour lesquels la présente annexe a pris effet conformément à l'article 9 du Protocole.

Article 3

Mesures de prévention

1. Chaque Partie exige de ses opérateurs qu'ils prennent des mesures de prévention raisonnables dans le but de réduire le risque que surviennent des situations critiques pour l'environnement et leur impact négatif potentiel.

2. Au nombre des mesures de prévention peuvent figurer:

a) des structures ou du matériel spécialisés qui sont incorporés dans la conce-

juristische Person aus, die als Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer im Namen eines staatlichen Betreibers tätig ist;

d) bedeutet „Betreiber der Vertragspartei" einen Betreiber, der vom Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aus im Gebiet des Antarktis-Vertrags durchzuführende Tätigkeiten organisiert,

i) wenn diese Tätigkeiten einer Genehmigung durch die Vertragspartei für das Gebiet des Antarktis-Vertrags bedürfen oder,

ii) falls eine Vertragspartei Tätigkeiten für das Gebiet des Antarktis-Vertrags nicht förmlich genehmigt, wenn diese Tätigkeiten eines vergleichbaren behördlichen Verfahrens bedürfen.

Die Begriffe „ihr Betreiber", „Vertragspartei des Betreibers" und „Vertragspartei dieses Betreibers" sind entsprechend dieser Begriffsbestimmung auszulegen;

e) bedeutet „vernünftig" im Zusammenhang mit Vorsorge- und Gegenmaßnahmen Maßnahmen oder Handlungen, die geeignet, durchführbar und verhältnismäßig sind und sich auf verfügbare objektive Kriterien und Informationen stützen, einschließlich

i) der Gefahren für die antarktische Umwelt und der natürlichen Erholungsfähigkeit der antarktischen Umwelt,

ii) der Gefahren für das Leben und die Sicherheit von Menschen und

iii) der technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit;

f) bedeutet „Gegenmaßnahmen" vernünftige Maßnahmen, die nach Eintreten eines umweltgefährdenden Notfalls ergriffen werden, um Auswirkungen des Notfalls zu vermeiden, auf ein Mindestmaß zu beschränken oder einzudämmen, und die unter geeigneten Umständen auch Säuberungsarbeiten zu diesem Zweck einschließen können; zu den Gegenmaßnahmen gehört auch die Feststellung des Ausmaßes des Notfalls und seiner Auswirkungen;

g) bedeutet „Vertragsparteien" die Staaten, für die diese Anlage in Übereinstimmung mit Artikel 9 des Protokolls in Kraft getreten ist.

Artikel 3

Vorsorgemaßnahmen

(1) Jede Vertragspartei verlangt von ihren Betreibern, vernünftige Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, die dazu dienen, die Gefahr umweltgefährdender Notfälle und ihre möglichen nachteiligen Auswirkungen zu verringern.

(2) Zu den Vorsorgemaßnahmen können gehören

a) spezielle Vorrichtungen oder Ausrüstungen für den Entwurf und Bau von Ein-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

struction of facilities and means of transportation;

(b) specialised procedures incorporated into the operation or maintenance of facilities and means of transportation; and

(c) specialised training of personnel.

Article 4

Contingency Plans

1. Each Party shall require its operators to:

(a) establish contingency plans for responses to incidents with potential adverse impacts on the Antarctic environment or dependent and associated ecosystems; and

(b) co-operate in the formulation and implementation of such contingency plans.

2. Contingency plans shall include, when appropriate, the following components:

(a) procedures for conducting an assessment of the nature of the incident;

(b) notification procedures;

(c) identification and mobilisation of resources;

(d) response plans;

(e) training;

(f) record keeping; and

(g) demobilisation.

3. Each Party shall establish and implement procedures for immediate notification of, and co-operative responses to, environmental emergencies, and shall promote the use of notification procedures and co-operative response procedures by its operators that cause environmental emergencies.

Article 5

Response Action

1. Each Party shall require each of its operators to take prompt and effective response action to environmental emergencies arising from the activities of that operator.

2. In the event that an operator does not take prompt and effective response action, the Party of that operator and other Parties are encouraged to take such action, including through their agents and operators specifically authorised by them to take such action on their behalf.

3.

(a) Other Parties wishing to take response action to an environmental emergency pursuant to paragraph 2 above shall notify their intention to the Party of the operator and the Secretariat of the Antarctic Treaty beforehand with a view to the Party of the operator taking

tion et la construction d'infrastructures et de moyens de transport;

b) des procédures spécialisées qui sont incorporées dans le fonctionnement ou l'entretien d'infrastructures et de moyens de transport; et

c) une formation spécialisée du personnel.

Article 4

Plans d'urgence

1. Chaque Partie exige de ses opérateurs qu'ils:

a) établissent des plans d'urgence pour faire face aux incidents susceptibles d'avoir des effets négatifs sur l'environnement en Antarctique ou sur les écosystèmes dépendants et associés; et

b) coopèrent pour élaborer et mettre en œuvre ces plans.

2. Les plans d'urgence comprennent, selon que de besoin, les éléments suivants:

a) procédures pour faire une évaluation de la nature de l'incident;

b) procédures de notification;

c) identification et mobilisation de ressources;

d) plans d'intervention;

e) formation;

f) tenue à jour des dossiers; et

g) démobilisation.

3. Chaque Partie établit et applique des procédures en vue d'une notification immédiate et d'une action en coopération en cas de situation critique pour l'environnement, et elle encourage l'utilisation de ces procédures par ses opérateurs qui causent des situations critiques pour l'environnement.

Article 5

Actions en cas d'urgence

1. Chaque Partie exige de chacun de ses opérateurs qu'il prenne des actions rapides et efficaces en réponse aux situations critiques pour l'environnement qui pourraient résulter des activités de cet opérateur.

2. Dans les cas où un opérateur ne prend pas des actions rapides et efficaces, la Partie de cet opérateur et d'autres Parties sont encouragées à prendre de telles actions, y compris par le truchement de leurs agents et opérateurs qu'elles ont spécifiquement autorisés à les prendre en leur nom.

3.

a) D'autres Parties souhaitant prendre des actions en réponse à une situation critique pour l'environnement en application du paragraphe 2 ci-dessus notifient au préalable leur intention de le faire à la Partie de l'opérateur et au secrétariat du Traité sur l'Antarctique afin que la

richtungen und Transportmitteln,

b) spezielle Verfahren für den Betrieb und die Wartung von Einrichtungen und Transportmitteln und

c) eine spezielle Schulung des Personals.

Artikel 4

Einsatzpläne

(1) Jede Vertragspartei verlangt von ihren Betreibern,

a) Einsatzpläne aufzustellen, mit denen sie auf Zwischenfälle mit möglichen nachteiligen Auswirkungen auf die antarktische Umwelt oder die abhängigen und verbundenen Ökosysteme reagieren können, und

b) bei der Ausarbeitung und Durchführung der Einsatzpläne zusammenzuarbeiten.

(2) Die Einsatzpläne umfassen gegebenenfalls folgende Teile:

a) Verfahren zur Prüfung der Art des Zwischenfalls,

b) Meldeverfahren,

c) Identifizierung und Mobilisierung von Ressourcen,

d) Notfallpläne,

e) Schulung,

f) Protokollführung und

g) Demobilisierung.

(3) Jede Vertragspartei legt Verfahren für die sofortige Meldung umweltgefährdender Notfälle und für eine gemeinsame Reaktion darauf fest und setzt sie um; ferner fördert jede Vertragspartei die Anwendung der Meldeverfahren und der Verfahren für eine gemeinsame Reaktion durch ihre Betreiber, die umweltgefährdende Notfälle verursachen.

Artikel 5

Gegenmaßnahmen

(1) Jede Vertragspartei verlangt von jedem ihrer Betreiber, umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen in umweltgefährdenden Notfällen zu ergreifen, die durch seine Tätigkeiten entstehen.

(2) Ergreift ein Betreiber nicht umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen, so werden die Vertragspartei dieses Betreibers und andere Vertragsparteien ermutigt, solche Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere durch ihre Beauftragten und Betreiber, die von ihnen ausdrücklich ermächtigt sind, die Maßnahmen in ihrem Namen zu ergreifen.

(3)

a) Andere Vertragsparteien, die in einem umweltgefährdenden Notfall Gegenmaßnahmen nach Absatz 2 ergreifen möchten, teilen der Vertragspartei des Betreibers und dem Sekretariat des Antarktis-Vertrags zuvor ihre Absicht mit, damit die Vertragspartei des Be-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

response action itself, except where a threat of significant and harmful impact to the Antarctic environment is imminent and it would be reasonable in all the circumstances to take immediate response action, in which case they shall notify the Party of the operator and the Secretariat of the Antarctic Treaty as soon as possible.

(b) Such other Parties shall not take response action to an environmental emergency pursuant to paragraph 2 above, unless a threat of significant and harmful impact to the Antarctic environment is imminent and it would be reasonable in all the circumstances to take immediate response action, or the Party of the operator has failed within a reasonable time to notify the Secretariat of the Antarctic Treaty that it will take the response action itself, or where that response action has not been taken within a reasonable time after such notification.

(c) In the case that the Party of the operator takes response action itself, but is willing to be assisted by another Party or Parties, the Party of the operator shall coordinate the response action.

4. However, where it is unclear which, if any, Party is the Party of the operator or it appears that there may be more than one such Party, any Party taking response action shall make best endeavours to consult as appropriate and shall, where practicable, notify the Secretariat of the Antarctic Treaty of the circumstances.

5. Parties taking response action shall consult and coordinate their action with all other Parties taking response action, carrying out activities in the vicinity of the environmental emergency, or otherwise impacted by the environmental emergency, and shall, where practicable, take into account all relevant expert guidance which has been provided by permanent observer delegations to the Antarctic Treaty Consultative Meeting, by other organisations, or by other relevant experts.

Article 6

Liability

1. An operator that fails to take prompt and effective response action to environmental emergencies arising from its activities shall be liable to pay the costs of response action taken by Parties pursuant to Article 5(2) to such Parties.

Partie de l'opérateur prenne elle-même des actions, sauf lorsqu'une menace d'impact significatif et nuisible pour l'environnement en Antarctique est imminente et qu'il serait raisonnable dans toutes les circonstances de prendre immédiatement de telles actions, cas dans lequel elles notifient aussi rapidement que possible la Partie de l'opérateur et le secrétariat du Traité sur l'Antarctique;

b) Ces autres Parties ne prennent pas d'actions en réponse à une situation critique pour l'environnement en application du paragraphe 2 ci-dessus sauf lorsqu'une menace d'impact significatif et nuisible pour l'environnement en Antarctique est imminente et qu'il serait raisonnable dans toutes les circonstances de prendre immédiatement de telles actions ou sauf lorsque la Partie de l'opérateur n'a pas, dans un délai raisonnable, notifié au secrétariat du Traité sur l'Antarctique qu'elle prendra elle-même de telles actions ou lorsque ces actions n'ont pas été prises dans un délai raisonnable après une telle notification;

c) Dans le cas où la Partie de l'opérateur prend elle-même des actions en cas d'urgence mais est prête à être aidée par une autre Partie ou d'autres Parties, la Partie de l'opérateur coordonnera ces actions.

4. Toutefois, lorsqu'on ne sait pas exactement quelle est la Partie éventuelle qui est la Partie de l'opérateur ou lorsqu'il semble qu'il peut y avoir plus d'une de ces Parties, toute Partie prenant des actions en cas d'urgence fera de son mieux pour se livrer, s'il y a lieu, à des consultations et elle informera autant que possible le secrétariat du Traité sur l'Antarctique de la situation.

5. Les Parties qui prennent des actions en cas d'urgence consultent et coordonnent leurs actions avec toutes les autres Parties prenant de telles actions, se livrant à des activités à proximité de la situation critique pour l'environnement ou touchées par la situation critique pour l'environnement et, autant que possible, elles tiennent compte de tous les avis d'experts qui ont été donnés par les délégations d'observateurs permanents aux Réunions consultatives du Traité sur l'Antarctique, par d'autres organisations ou par d'autres experts compétents.

Article 6

Responsabilité

1. Un opérateur qui ne prend pas des actions rapides et efficaces en réponse aux situations critiques pour l'environnement résultant de ses activités est tenu, en vertu du paragraphe 2 de l'article 5, de payer les coûts de ces actions qu'auraient prises des Parties à celles-ci.

treibers die Gegenmaßnahme selbst ergreifen kann, es sei denn, die Gefahr erheblicher und nachteiliger Auswirkungen auf die antarktische Umwelt steht unmittelbar bevor und es wäre unter Berücksichtigung aller Umstände vernünftig, sofortige Gegenmaßnahmen zu ergreifen; in diesem Fall unterrichten sie die Vertragspartei des Betreibers und das Sekretariat des Antarktis-Vertrags so bald wie möglich.

b) Diese anderen Vertragsparteien dürfen bei einem umweltgefährdenden Notfall Gegenmaßnahmen nach Absatz 2 nur ergreifen, wenn die Gefahr erheblicher nachteiliger Auswirkungen auf die antarktische Umwelt unmittelbar bevorsteht und es unter den gegebenen Umständen vernünftig wäre, sofortige Gegenmaßnahmen zu ergreifen, oder wenn die Vertragspartei des Betreibers es unterlassen hat, dem Sekretariat des Antarktis-Vertrags innerhalb einer angemessenen Frist zu melden, dass sie die Gegenmaßnahmen selbst ergreifen wird, oder wenn die Gegenmaßnahmen nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach erfolgter Meldung ergriffen worden sind.

c) Ergreift die Vertragspartei des Betreibers selbst Gegenmaßnahmen, ist jedoch bereit, sich von einer oder mehreren anderen Vertragsparteien helfen zu lassen, so koordiniert sie die Gegenmaßnahmen.

(4) Ist hingegen unklar, welche Vertragspartei, wenn überhaupt eine, die Vertragspartei des Betreibers ist, oder scheint es mehr als eine solche Vertragspartei zu geben, so bemüht sich jede Vertragspartei, die Gegenmaßnahmen ergreift, nach besten Kräften, Konsultationen zu führen, und unterrichtet, soweit möglich, das Sekretariat des Antarktis-Vertrags über die Sachlage.

(5) Vertragsparteien, die Gegenmaßnahmen ergreifen, konsultieren alle anderen Vertragsparteien, die Gegenmaßnahmen ergreifen, Tätigkeiten in der Nähe des umweltgefährdenden Notfalls durchführen oder von dem umweltgefährdenden Notfall sonst betroffen sind, und stimmen ihre Maßnahmen mit ihnen ab; dabei berücksichtigen sie nach Möglichkeit alle sachdienlichen Ratschläge, die von ständigen Beobachterdelegationen bei der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag, von anderen Organisationen oder von anderen einschlägigen Fachleuten erteilt werden.

Artikel 6

Haftung

(1) Ein Betreiber, der es unterlässt, in umweltgefährdenden Notfällen, die durch seine Tätigkeiten entstehen, umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, haftet gegenüber den Vertragsparteien, die nach Artikel 5 Absatz 2 Gegenmaßnahmen ergriffen haben, für die Kosten dieser Maßnahmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2.

(a) When a State operator should have taken prompt and effective response action but did not, and no response action was taken by any Party, the State operator shall be liable to pay the costs of the response action which should have been undertaken, into the fund referred to in Article 12.

(b) When a non-State operator should have taken prompt and effective response action but did not, and no response action was taken by any Party, the non-State operator shall be liable to pay an amount of money that reflects as much as possible the costs of the response action that should have been taken. Such money is to be paid directly to the fund referred to in Article 12, to the Party of that operator or to the Party that enforces the mechanism referred to in Article 7(3). A Party receiving such money shall make best efforts to make a contribution to the fund referred to in Article 12 which at least equals the money received from the operator.

3. Liability shall be strict.

4. When an environmental emergency arises from the activities of two or more operators, they shall be jointly and severally liable, except that an operator which establishes that only part of the environmental emergency results from its activities shall be liable in respect of that part only.

5. Notwithstanding that a Party is liable under this Article for its failure to provide for prompt and effective response action to environmental emergencies caused by its warships, naval auxiliaries, or other ships or aircraft owned or operated by it and used, for the time being, only on government non-commercial service, nothing in this Annex is intended to affect the sovereign immunity under international law of such warships, naval auxiliaries, or other ships or aircraft.

Article 7

Actions

1. Only a Party that has taken response action pursuant to Article 5(2) may bring an action against a non-State operator for liability pursuant to Article 6(1) and such action may be brought in the courts of not more than one Party where the operator is incorporated or has its principal place of business or his or her habitual place of

2.

a) Lorsqu'un opérateur étatique aurait dû prendre des mesures en vue de réagir de manière rapide et efficace mais ne l'a pas fait et lorsqu'aucune Partie n'a pris de mesure d'urgence, l'opérateur étatique est tenu de payer au Fonds auquel il est fait référence à l'article 12 les coûts des mesures qui auraient dû être prises;

b) Lorsqu'un opérateur non étatique aurait dû prendre des actions rapides et efficaces mais ne l'a pas fait et lorsqu'aucune Partie n'a pris une telle action, l'opérateur non étatique est tenu de payer une somme d'argent qui reflète dans toute la mesure du possible les coûts des actions qui auraient dû être prises. Cette somme doit être payée soit directement au Fonds auquel il est fait référence à l'article 12, soit à la Partie de cet opérateur, soit encore à la Partie qui applique le mécanisme dont il est fait mention au paragraphe 3 de l'article 7. Une Partie recevant cette somme fait de son mieux pour verser une contribution au Fonds auquel il est fait référence à l'article 12, qui est au moins égale à la somme d'argent reçue de l'opérateur.

3. La responsabilité est absolue.

4. Lorsqu'une situation critique pour l'environnement résulte des activités de deux ou plusieurs opérateurs, ceux-ci en assument la responsabilité conjointe et solidaire mais un opérateur qui établit qu'une partie seulement de cette situation résulte de ses activités sera considéré responsable pour cette partie uniquement.

5. Bien qu'une Partie soit responsable en vertu de cet article de ne pas avoir pris des actions rapides et efficaces en réponse à des situations critiques pour l'environnement causées par ses navires de guerre, navires de guerre auxiliaires ou d'autres navires ou aéronefs appartenant à ou exploités par cet Etat et pour le moment affectés uniquement à des fins gouvernementales non commerciales, aucune des dispositions de la présente annexe n'a pour objet d'affecter en vertu du droit international l'immunité souveraine de ses navires de guerre, navires de guerre auxiliaires ou d'autres navires ou aéronefs.

Article 7

Recours

1. Seule une Partie qui, en vertu du paragraphe 2 de l'article 5, a pris des actions en cas d'urgence peut, en vertu du paragraphe 1 de l'article 6, intenter un recours en indemnisation contre un opérateur non étatique et ce recours peut être porté devant les tribunaux d'une seule Partie où l'opérateur s'est constitué en société ou a

(2)

a) Hat ein staatlicher Betreiber, der umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen hätte ergreifen müssen, dies nicht getan, und sind von keiner Vertragspartei Gegenmaßnahmen ergriffen worden, so muss der staatliche Betreiber die Kosten der Gegenmaßnahmen, die von ihm hätten ergriffen werden müssen, in den in Artikel 12 genannten Fonds einzahlen.

b) Hat ein nichtstaatlicher Betreiber, der umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen hätte ergreifen müssen, dies nicht getan, und sind von keiner Vertragspartei Gegenmaßnahmen ergriffen worden, so muss der nichtstaatliche Betreiber einen Geldbetrag zahlen, dessen Höhe weitgehend den Kosten der Gegenmaßnahmen entspricht, die von ihm hätten ergriffen werden müssen. Dieser Betrag ist unmittelbar in den in Artikel 12 genannten Fonds, an die Vertragspartei dieses Betreibers oder an die Vertragspartei zu zahlen, die den in Artikel 7 Absatz 3 bezeichneten Mechanismus in Gang setzt. Eine Vertragspartei, die dieses Geld erhält, bemüht sich nach besten Kräften, einen Beitrag in den in Artikel 12 genannten Fonds einzuzahlen, der mindestens dem von dem Betreiber erhaltenen Geldbetrag entspricht.

(3) Die Haftung ist verschuldensunabhängig.

(4) Entsteht ein umweltgefährdender Notfall durch Tätigkeiten von zwei oder mehr Betreibern, so haften sie gesamtschuldnerisch; ein Betreiber, der nachweist, dass nur ein Teil des umweltgefährdenden Notfalls auf seine Tätigkeiten zurückzuführen ist, haftet jedoch nur für diesen Teil.

(5) Ungeachtet der Haftung einer Vertragspartei aufgrund dieses Artikels für ihre Unterlassung, umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen für umweltgefährdende Notfälle vorzusehen, die durch ihre Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige ihr gehörende oder von ihr betriebene Schiffe, die derzeit im Staatsdienst stehen und ausschließlich anderen als Handelszwecken dienen, verursacht worden sind, lässt diese Anlage die völkerrechtliche Staatenimmunität dieser Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstigen Schiffe oder Luftfahrzeuge unberührt.

Artikel 7

Klagen

(1) Nur eine Vertragspartei, die Gegenmaßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 ergriffen hat, kann aufgrund der Haftung nach Artikel 6 Absatz 1 gegen einen nichtstaatlichen Betreiber klagen; die Klage kann bei den Gerichten höchstens einer Vertragspartei eingereicht werden, bei der der Betreiber amtlich eingetragen ist oder seinen Haupt-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

residence. However, should the operator not be incorporated in a Party or have its principal place of business or his or her habitual place of residence in a Party, the action may be brought in the courts of the Party of the operator within the meaning of Article 2(d). Such actions for compensation shall be brought within three years of the commencement of the response action or within three years of the date on which the Party bringing the action knew or ought reasonably to have known the identity of the operator, whichever is later. In no event shall an action against a non-State operator be commenced later than 15 years after the commencement of the response action.

ses principaux bureaux ou son lieu habituel de résidence. Toutefois, au cas où l'opérateur ne s'est pas constitué en société dans une Partie ou n'a pas ses principaux bureaux ou son lieu habituel de résidence sur le territoire de cette Partie, le recours peut être porté devant les tribunaux de la Partie de l'opérateur au sens du paragraphe d) de l'article 2. De tels recours en indemnisation sont présentés dans les trois ans qui suivent la date à laquelle a commencé l'action en cas d'urgence pour réagir à la situation critique ou dans les trois ans qui suivent la date à laquelle la Partie qui intente ce recours connaissait ou aurait raisonnablement dû connaître l'identité de l'opérateur, des deux dates la dernière. Un recours contre un opérateur non étatique ne pourra en aucun cas être intenté plus de 15 ans après le début de l'action prise en cas d'urgence.

geschäftssitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ist der Betreiber jedoch nicht bei einer Vertragspartei amtlich eingetragen oder hat er dort nicht seinen Hauptgeschäftssitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, so kann die Klage bei den Gerichten der Vertragspartei des Betreibers im Sinne des Artikels 2 Buchstabe d eingereicht werden. Solche Schadensersatzklagen sind innerhalb von drei Jahren nach Beginn der Gegenmaßnahmen oder innerhalb von drei Jahren nach dem Tag einzureichen, an dem der klagenden Vertragspartei die Identität des Betreibers bekannt war oder nach menschlichem Ermessen hätte bekannt sein müssen, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist. Eine Klageerhebung gegen einen nichtstaatlichen Betreiber muss spätestens 15 Jahre nach Beginn der Gegenmaßnahme erfolgen.

2. Each Party shall ensure that its courts possess the necessary jurisdiction to entertain actions under paragraph 1 above.

2. Chaque Partie veille à ce que ses tribunaux possèdent la compétence nécessaire pour accepter des recours en application du paragraphe 1 ci-dessus.

(2) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass ihre Gerichte die erforderliche Zuständigkeit für die Klageverfolgung nach Absatz 1 haben.

3. Each Party shall ensure that there is a mechanism in place under its domestic law for the enforcement of Article 6(2)(b) with respect to any of its non-State operators within the meaning of Article 2(d), as well as where possible with respect to any non-State operator that is incorporated or has its principal place of business or his or her habitual place of residence in that Party. Each Party shall inform all other Parties of this mechanism in accordance with Article 13(3) of the Protocol. Where there are multiple Parties that are capable of enforcing Article 6(2)(b) against any given non-State operator under this paragraph, such Parties should consult amongst themselves as to which Party should take enforcement action. The mechanism referred to in this paragraph shall not be invoked later than 15 years after the date the Party seeking to invoke the mechanism became aware of the environmental emergency.

3. Chaque Partie veille à ce que soit en place un mécanisme relevant de sa législation nationale pour l'application de l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 6 à chacun de ses opérateurs non étatiques au sens du paragraphe d) de l'article 2 ainsi que, dans la mesure du possible, à tout opérateur non étatique qui s'est constitué en société, ou a ses principaux bureaux ou son lieu habituel de résidence sur le territoire de cette Partie. Chaque Partie informe toutes les Parties de ce mécanisme en vertu du paragraphe 3 de l'article 13 du Protocole. Lorsque plusieurs Parties ont la possibilité de faire appliquer l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 6 à un opérateur non étatique donné au titre du présent paragraphe, ces Parties doivent se consulter sur la question de savoir laquelle des Parties doit prendre des mesures d'exécution. Le mécanisme dont il est fait mention dans le présent paragraphe ne sera pas invoqué plus de 15 ans après la date à laquelle la Partie cherchant à invoquer ce mécanisme a pris connaissance de la situation critique pour l'environnement.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass ihr innerstaatliches Recht einen Mechanismus zur Durchsetzung des Artikels 6 Absatz 2 Buchstabe b gegenüber ihren nichtstaatlichen Betreibern im Sinne des Artikels 2 Buchstabe d sowie nach Möglichkeit auch gegenüber nichtstaatlichen Betreibern vorsieht, die bei ihr amtlich eingetragen sind oder ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Jede Vertragspartei unterrichtet alle anderen Vertragsparteien über diesen Mechanismus in Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 3 des Protokolls. Können mehrere Vertragsparteien aufgrund dieses Absatzes Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b gegenüber einem bestimmten nichtstaatlichen Betreiber geltend machen, so sollen diese Vertragsparteien einander über die Frage konsultieren, welche Vertragspartei die zwangsweise Durchsetzung übernimmt. Der in diesem Absatz genannte Mechanismus darf bis spätestens 15 Jahre nach dem Tag angewendet werden, an dem die Vertragspartei, die den Mechanismus anzuwenden wünscht, von dem umweltgefährdenden Notfall Kenntnis erlangt hat.

4. The liability of a Party as a State operator under Article 6(1) shall be resolved only in accordance with any enquiry procedure which may be established by the Parties, the provisions of Articles 18, 19 and 20 of the Protocol and, as applicable, the Schedule to the Protocol on Arbitration.

4. La responsabilité d'une Partie en tant qu'opérateur étatique en vertu du paragraphe 1 de l'article 6 n'est établie que conformément à toute procédure d'enquête qui peut être arrêtée par les Parties, aux dispositions des articles 18, 19 et 20 du Protocole et, s'il y a lieu, à l'appendice au Protocole sur l'arbitrage.

(4) Über die Haftung einer Vertragspartei als staatlicher Betreiber nach Artikel 6 Absatz 1 kann nur im Rahmen eines von den Vertragsparteien eingeleiteten Untersuchungsverfahrens, der Artikel 18, 19 und 20 des Protokolls und, soweit anwendbar, des Anhangs zum Protokoll über das Schiedsverfahren entschieden werden.

5.

(a) The liability of a Party as a State operator under Article 6(2)(a) shall be resolved only by the Antarctic Treaty Consultative Meeting and, should the question remain unresolved, only in accordance with any enquiry procedure which may be established by the Parties, the provisions of Articles 18, 19 and 20 of

5.

a) La responsabilité d'une Partie en tant qu'opérateur étatique en vertu de l'alinéa a) du paragraphe 2 de l'article 6 n'est établie que par la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique et, si la question devait demeurer non résolue, que conformément à la procédure d'enquête qui peut être mise en place

(5)

a) Über die Haftung einer Vertragspartei als staatlicher Betreiber nach Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a kann nur von der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag und, falls die Frage offenbleibt, nur im Rahmen eines von den Vertragsparteien eingeleiteten Untersuchungsverfahrens, der Artikel 18, 19 und 20

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

the Protocol and, as applicable, the Schedule to the Protocol on Arbitration.

(b) The costs of the response action which should have been undertaken and was not, to be paid by a State operator into the fund referred to in Article 12, shall be approved by means of a Decision. The Antarctic Treaty Consultative Meeting should seek the advice of the Committee on Environmental Protection as appropriate.

6. Under this Annex, the provisions of Articles 19(4), 19(5), and 20(1) of the Protocol, and, as applicable, the Schedule to the Protocol on Arbitration, are only applicable to liability of a Party as a State operator for compensation for response action that has been undertaken to an environmental emergency or for payment into the fund.

par les Parties, aux dispositions des articles 18, 19 et 20 du Protocole et, s'il y a lieu, à l'appendice au Protocole sur l'arbitrage;

b) Les coûts des actions qui auraient dû être prises et ne l'ont pas été et qui doivent être payées par un opérateur étatique au Fonds auquel il est fait référence à l'article 12, sont approuvés au moyen d'une Décision. La Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique demandera, en tant que besoin, l'avis du Comité pour la protection de l'environnement.

6. Au titre de la présente annexe, les dispositions des paragraphes 4 et 5 de l'article 19 et du paragraphe 1 de l'article 20 du Protocole et, s'il y a lieu, l'appendice au Protocole sur l'arbitrage, ne s'appliquent qu'à la responsabilité d'une Partie en tant qu'opérateur étatique pour l'indemnisation des actions d'urgence qui ont été prises en réponse à une situation critique pour l'environnement ou pour paiement au Fonds.

des Protokolls und, soweit anwendbar, des Anhangs zum Protokoll über das Schiedsverfahren entschieden werden.

b) Die von einem staatlichen Betreiber in den in Artikel 12 bezeichneten Fonds einzuzahlenden Kosten der Gegenmaßnahme, die hätte ergriffen werden müssen, aber nicht ergriffen wurde, werden durch Beschluss genehmigt. Die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag soll bei Bedarf den Rat des Ausschusses für Umweltschutz einholen.

(6) Aufgrund dieser Anlage finden die Artikel 19 Absätze 4 und 5 und 20 Absatz 1 des Protokolls und, soweit anwendbar, der Anhang zum Protokoll über das Schiedsverfahren nur auf die Schadensersatzpflicht einer Vertragspartei als staatlicher Betreiber für die in einem umweltgefährdenden Notfall ergriffene Gegenmaßnahme oder auf ihre Verpflichtung zur Einzahlung in den Fonds Anwendung.

Article 8

Exemptions from Liability

1. An operator shall not be liable pursuant to Article 6 if it proves that the environmental emergency was caused by:

(a) an act or omission necessary to protect human life or safety;

(b) an event constituting in the circumstances of Antarctica a natural disaster of an exceptional character, which could not have been reasonably foreseen, either generally or in the particular case, provided all reasonable preventative measures have been taken that are designed to reduce the risk of environmental emergencies and their potential adverse impact;

(c) an act of terrorism; or

(d) an act of belligerency against the activities of the operator.

2. A Party, or its agents or operators specifically authorised by it to take such action on its behalf, shall not be liable for an environmental emergency resulting from response action taken by it pursuant to Article 5(2) to the extent that such response action was reasonable in all the circumstances.

Article 8

Exonérations de responsabilité

1. Un opérateur n'est pas tenu pour responsable en vertu de l'article 6 s'il prouve que la situation critique pour l'environnement est le fait:

a) d'un acte ou d'une omission nécessaire pour protéger la vie ou la sécurité humaines; ou

b) d'un événement constituant dans les circonstances de l'Antarctique une catastrophe naturelle de caractère exceptionnel, qui n'aurait pas pu être raisonnablement prévue, que ce soit en général ou dans le cas particulier, sous réserve que toutes les mesures de prévention raisonnables ont été prises afin de réduire le risque de situations critiques pour l'environnement et leur impact négatif potentiel;

c) d'un acte de terrorisme; ou

d) d'un acte de belligérance contre les activités de l'opérateur.

2. Une Partie ou ses agents ou opérateurs qu'elle a spécifiquement autorisés à prendre de telles actions en son nom, ne sont pas tenus responsables d'une situation critique pour l'environnement résultant d'actions prises en cas d'urgence par celle-ci en vertu du paragraphe 2 de l'article 5 dans la mesure où ces actions ont été raisonnables dans toutes les circonstances.

Artikel 8

Befreiungen von der Haftung

(1) Ein Betreiber haftet nicht aufgrund des Artikels 6, wenn er nachweist, dass der umweltgefährdende Notfall verursacht wurde

a) durch eine Handlung oder Unterlassung, die zum Schutz des Lebens oder der Sicherheit von Menschen notwendig war,

b) durch ein Ereignis, das bei den Gegebenheiten in der Antarktis eine Naturkatastrophe mit Ausnahmecharakter darstellt und das weder im Allgemeinen noch im Einzelfall nach menschlichem Ermessen vorhersehbar war, sofern alle vernünftigen Vorsorgemaßnahmen ergriffen worden sind, um die Gefahr umweltgefährdender Notfälle und ihre möglichen nachteiligen Auswirkungen zu verringern,

c) durch eine terroristische Gewalttat oder

d) durch eine gegen die Tätigkeiten des Betreibers gerichtete kriegerische Handlung.

(2) Eine Vertragspartei, ihre Beauftragten oder ihre Betreiber, die von ihr ausdrücklich ermächtigt worden sind, in ihrem Namen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, haften nicht für einen umweltgefährdenden Notfall als Folge der von ihnen nach Artikel 5 Absatz 2 ergriffenen Gegenmaßnahmen, soweit die Maßnahmen unter allen Umständen vernünftig waren.

Article 9

Limits of Liability

1. The maximum amount for which each operator may be liable under Article 6(1) or Article 6(2), in respect of each environmental emergency, shall be as follows:

Article 9

Plafonds de responsabilité

1. Le montant maximum pour lequel chaque opérateur peut être tenu responsable en vertu du paragraphe 1 ou du paragraphe 2 de l'article 6 dans le cas de chacune des situations critiques pour l'environnement, est le suivant:

Artikel 9

Haftungshöchstbeträge

(1) Jeder Betreiber haftet nach Artikel 6 Absatz 1 oder 2 für jeden einzelnen umweltgefährdenden Notfall bis zu folgenden Höchstbeträgen:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(a) for an environmental emergency arising from an event involving a ship:

(i) (one million SDR for a ship with a tonnage not exceeding 2,000 tons;

(ii) for a ship with a tonnage in excess thereof, the following amount in addition to that referred to in (i) above:

– for each ton from 2,001 to 30,000 tons, 400 SDR;

– for each ton from 30,001 to 70,000 tons, 300 SDR; and

– for each ton in excess of 70,000 tons, 200 SDR;

(b) for an environmental emergency arising from an event which does not involve a ship, three million SDR.

2.

(a) Notwithstanding paragraph 1(a) above, this Annex shall not affect:

(i) the liability or right to limit liability under any applicable international limitation of liability treaty; or

(ii) the application of a reservation made under any such treaty to exclude the application of the limits therein for certain claims;

provided that the applicable limits are at least as high as the following: for a ship with a tonnage not exceeding 2,000 tons, one million SDR; and for a ship with a tonnage in excess thereof, in addition, for a ship with a tonnage between 2,001 and 30,000 tons, 400 SDR for each ton; for a ship with a tonnage from 30,001 to 70,000 tons, 300 SDR for each ton; and for each ton in excess of 70,000 tons, 200 SDR for each ton.

(b) Nothing in subparagraph (a) above shall affect either the limits of liability set out in paragraph 1(a) above that apply to a Party as a State operator, or the rights and obligations of Parties that are not parties to any such treaty as mentioned above, or the application of Article 7(1) and Article 7(2).

3. Liability shall not be limited if it is proved that the environmental emergency resulted from an act or omission of the operator, committed with the intent to cause such emergency, or recklessly and with knowledge that such emergency would probably result.

a) dans le cas d'une situation critique pour l'environnement résultant d'un événement qui fait intervenir un navire,

i) un million de DTS pour un navire dont la jauge ne dépasse pas 2 000 tonneaux;

ii) pour un navire d'un jaugeage plus élevé, le montant suivant qui s'ajoute à celui qui est mentionné au i) ci-dessus:

– pour chaque tonneau de 2 001 à 30 000 tonneaux, 400 DTS;

– pour chaque tonneau de 30 001 à 70 000 tonneaux, 300 DTS; et

– pour chaque tonneau en sus de 70 000 tonneaux, 200 DTS;

b) dans le cas d'une situation critique pour l'environnement résultant d'un événement qui ne fait pas intervenir un navire, trois millions de DTS.

2.

a) Nonobstant l'alinéa a) du paragraphe 1 ci-dessus, la présente annexe n'affectera pas:

i) la responsabilité ou le droit de limiter la responsabilité en vertu d'un des traités internationaux applicables en matière de limitation de la responsabilité; ou

ii) la mise en oeuvre d'une réserve émise en vertu d'un tel traité pour exclure l'application des plafonds dans le cas de certaines demandes;

sous réserve que les plafonds applicables soient au moins aussi élevés que les suivants: pour un navire d'un jaugeage ne dépassant pas 2 000 tonneaux, un million de DTS; et, pour un navire d'un jaugeage supérieur au précédent, en plus, pour un navire d'un jaugeage allant de 2 001 à 30 000 tonneaux, 400 DTS pour chaque tonneau; pour un navire d'un jaugeage allant de 30 001 à 70 000 tonneaux, 300 DTS pour chaque tonneau; et, pour chaque tonneau dépassant 70 000 tonneaux, 200 DTS;

b) Aucune des dispositions de l'alinéa a) ci-dessus n'influera soit sur les plafonds de responsabilité fixés à l'alinéa a) du paragraphe 1 ci-dessus qui s'applique à une Partie en tant qu'opérateur gouvernemental soit sur les droits et obligations des Parties qui ne sont pas parties à l'un des traités susmentionnés, ou sur l'application des paragraphes 1 et 2 de l'article 7.

3. La responsabilité ne sera pas limitée s'il est prouvé que la situation critique pour l'environnement résulte d'un fait ou d'une omission de l'opérateur, commis délibérément avec l'intention de causer une telle situation, ou témérairement et avec la conscience qu'une telle situation critique résulterait probablement.

a) für einen umweltgefährdenden Notfall infolge eines Ereignisses unter Beteiligung eines Schiffes:

i) eine Million SZR für ein Schiff mit einem Raumgehalt bis zu 2 000 Tonnen;

ii) für ein Schiff mit einem darüber hinausgehenden Raumgehalt erhöht sich der unter Ziffer i genannte Betrag wie folgt:

– 400 SZR je Tonne von 2 001 bis 30 000 Tonnen,

– 300 SZR je Tonne von 30 001 bis 70 000 Tonnen und

– 200 SZR je Tonne bei mehr als 70 000 Tonnen;

b) drei Millionen SZR für einen umweltgefährdenden Notfall infolge eines Ereignisses ohne Beteiligung eines Schiffes.

(2)

a) Ungeachtet des Absatzes 1 Buchstabe a lässt diese Anlage Folgendes unberührt:

i) die Haftung oder das Recht auf Haftungsbeschränkung aufgrund eines anwendbaren internationalen Vertrags über Haftungsbeschränkung oder

ii) die Anwendung eines zu einem solchen Vertrag mit dem Ziel angebrachten Vorbehalts, die Geltung der darin festgelegten Höchstbeträge für bestimmte Ansprüche auszuschließen;

allerdings müssen die anzuwendenden Höchstbeträge mindestens so hoch sein wie folgende: eine Millionen SZR für ein Schiff mit einem Raumgehalt bis zu 2 000 Tonnen; zusätzlich hierzu für ein Schiff mit einem Raumgehalt über 2 000 Tonnen 400 SZR je Tonne für ein Schiff mit einem Raumgehalt von 2 001 bis 30 000 Tonnen, 300 SZR je Tonne für ein Schiff mit einem Raumgehalt von 30 001 bis 70 000 Tonnen und 200 SZR je Tonne bei mehr als 70 000 Tonnen.

b) Buchstabe a lässt die Haftungshöchstbeträge in Absatz 1 Buchstabe a, die für eine Vertragspartei als staatlicher Betreiber gelten, und die Rechte und Pflichten von Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien eines unter Buchstabe a genannten Vertrags sind, sowie die Anwendung des Artikels 7 Absätze 1 und 2 unberührt.

(3) Die Haftung ist unbeschränkt, wenn nachgewiesen wird, dass der umweltgefährdende Notfall auf eine Handlung oder Unterlassung des Betreibers zurückzuführen ist, die er in der Absicht, einen solchen Notfall herbeizuführen, oder leichtfertig und in dem Bewusstsein begangen hat, dass ein solcher Notfall mit Wahrscheinlichkeit eintreten werde.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

4. The Antarctic Treaty Consultative Meeting shall review the limits in paragraphs 1(a) and 1(b) above every three years, or sooner at the request of any Party. Any amendments to these limits, which shall be determined after consultation amongst the Parties and on the basis of advice including scientific and technical advice, shall be made under the procedure set out in Article 13(2).

5. For the purpose of this Article:

(a) "ship" means a vessel of any type whatsoever operating in the marine environment and includes hydrofoil boats, air-cushion vehicles, submersibles, floating craft and fixed or floating platforms;

(b) "SDR" means the Special Drawing Rights as defined by the International Monetary Fund;

(c) a ship's tonnage shall be the gross tonnage calculated in accordance with the tonnage measurement rules contained in Annex I of the International Convention on Tonnage Measurement of Ships, 1969.

Article 10

State Liability

A Party shall not be liable for the failure of an operator, other than its State operators, to take response action to the extent that that Party took appropriate measures within its competence, including the adoption of laws and regulations, administrative actions and enforcement measures, to ensure compliance with this Annex.

Article 11

Insurance and Other Financial Security

1. Each Party shall require its operators to maintain adequate insurance or other financial security, such as the guarantee of a bank or similar financial institution, to cover liability under Article 6(1) up to the applicable limits set out in Article 9(1) and Article 9(2).

2. Each Party may require its operators to maintain adequate insurance or other financial security, such as the guarantee of a bank or similar financial institution, to cover liability under Article 6(2) up to the applicable limits set out in Article 9(1) and Article 9(2).

3. Notwithstanding paragraphs 1 and 2 above, a Party may maintain self-insurance in respect of its State operators, including those carrying out activities in the furtherance of scientific research.

4. La Réunion consultative au Traité sur l'Antarctique revoit tous les trois ans ou plus tôt à la demande d'une Partie, les plafonds visés aux alinéas a) et b) du paragraphe 1 ci-dessus. Toutes les modifications apportées à ces plafonds, qui seront arrêtées après consultation entre les Parties et sur la base d'avis, y compris d'avis scientifiques et techniques, le seront en application de la procédure décrite au paragraphe 2) de l'article 13.

5. Aux fins du présent article:

a) le terme "navire" désigne tout bâtiment opérant en milieu marin et englobe les hydroptères, aéroglisseurs, engins submersibles, engins flottants et plates-formes fixes et flottantes;

b) le terme "DTS" désigne le droit de tirage spécial tel qu'il est défini par le Fonds monétaire international;

c) le tonnage d'un navire est le tonnage brut calculé sur la base des règles de jaugeage contenues dans l'annexe I de la Convention internationale de 1969 sur le jaugeage des navires.

Article 10

Responsabilité de l'Etat

Une Partie n'est pas tenue pour responsable si un opérateur, autre que ses opérateurs étatiques, ne prend pas d'action en cas d'urgence dans la mesure où cette Partie a pris des mesures appropriées qui sont du ressort de sa compétence, y compris l'adoption de lois et règlements, des actions administratives et des mesures d'exécution, pour garantir le respect de la présente annexe.

Article 11

Assurance et autre sécurité financière

1. Chaque Partie exige de ses opérateurs qu'ils aient une couverture d'assurance ou une autre sécurité financière adéquate comme la garantie d'une banque ou d'une institution financière similaire, pour couvrir la responsabilité en vertu du paragraphe 1 de l'article 6 à concurrence des plafonds auxquels il est fait référence aux paragraphes 1 et 2 de l'article 9.

2. Chaque Partie peut exiger de ses opérateurs qu'ils aient une assurance ou une autre sécurité financière adéquate comme la garantie d'une banque ou d'une institution financière similaire, pour couvrir la responsabilité en vertu du paragraphe 2 de l'article 6 à concurrence des plafonds auxquels il est fait référence aux paragraphes 1 et 2 de l'article 9.

3. Nonobstant les paragraphes 1 et 2 ci-dessus, une Partie peut s'assurer elle-même pour couvrir ses opérateurs étatiques, y compris ceux qui se livrent à des activités dont l'objet est de promouvoir la recherche scientifique.

(4) Die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag überprüft die Höchstbeträge in Absatz 1 Buchstaben a und b alle drei Jahre oder auf Antrag einer Vertragspartei früher. Änderungen dieser Höchstbeträge, die nach Konsultationen zwischen den Vertragsparteien und aufgrund von Ratschlägen einschließlich wissenschaftlicher und technischer Ratschläge festgelegt werden, erfolgen nach dem in Artikel 13 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren.

(5) Im Sinne dieses Artikels

a) bedeutet der Begriff „Schiff" Fahrzeuge jeder Art, die in der Meeresumwelt betrieben werden; er umfasst auch Tragflächenboote, Luftkissenfahrzeuge, Unterwassergerät, schwimmendes Gerät und feste oder schwimmende Plattformen;

b) bedeutet „SZR" die Sonderziehungsrechte entsprechend der Begriffsbestimmung des Internationalen Währungsfonds;

c) die Bruttoraumzahl, errechnet nach den in Anlage I des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969 enthaltenen Bestimmungen über die Vermessung des Raumgehalts.

Artikel 10

Haftung des Staates

Eine Vertragspartei haftet nicht, wenn ein nichtstaatlicher Betreiber es unterlässt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, soweit die Vertragspartei im Rahmen ihrer Zuständigkeit geeignete Maßnahmen, einschließlich des Erlasses von Gesetzen und sonstigen Vorschriften sowie Verwaltungs- und Vollstreckungsmaßnahmen, ergriffen hat, um die Einhaltung dieser Anlage zu gewährleisten.

Artikel 11

Versicherung und sonstige finanzielle Sicherheit

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet ihre Betreiber, eine ausreichende Versicherung oder andere finanzielle Sicherheit wie etwa die Bürgschaft einer Bank oder einer ähnlichen Finanzinstitution zu haben, um die Haftung aufgrund des Artikels 6 Absatz 1 bis zu den geltenden Höchstbeträgen nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 zu decken.

(2) Jede Vertragspartei kann ihre Betreiber verpflichten, eine ausreichende Versicherung oder andere finanzielle Sicherheit wie etwa die Bürgschaft einer Bank oder einer ähnlichen Finanzinstitution zu haben, um die Haftung aufgrund des Artikels 6 Absatz 2 bis zu den geltenden Höchstbeträgen nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 zu decken.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 kann eine Vertragspartei eine Selbstversicherung für ihre staatlichen Betreiber haben, einschließlich derjenigen, die Tätigkeiten zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung durchführen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Article 12

The Fund

1. The Secretariat of the Antarctic Treaty shall maintain and administer a fund, in accordance with Decisions including terms of reference to be adopted by the Parties, to provide, *inter alia*, for the reimbursement of the reasonable and justified costs incurred by a Party or Parties in taking response action pursuant to Article 5(2).

2. Any Party or Parties may make a proposal to the Antarctic Treaty Consultative Meeting for reimbursement to be paid from the fund. Such a proposal may be approved by the Antarctic Treaty Consultative Meeting, in which case it shall be approved by way of a Decision. The Antarctic Treaty Consultative Meeting may seek the advice of the Committee of Environmental Protection on such a proposal, as appropriate.

3. Special circumstances and criteria, such as: the fact that the responsible operator was an operator of the Party seeking reimbursement; the identity of the responsible operator remaining unknown or not subject to the provisions of this Annex; the unforeseen failure of the relevant insurance company or financial institution; or an exemption in Article 8 applying, shall be duly taken into account by the Antarctic Treaty Consultative Meeting under paragraph 2 above.

4. Any State or person may make voluntary contributions to the fund.

Article 13

Amendment or Modification

1. This Annex may be amended or modified by a Measure adopted in accordance with Article IX(1) of the Antarctic Treaty.

2. In the case of a Measure pursuant to Article 9(4), and in any other case unless the Measure in question specifies otherwise, the amendment or modification shall be deemed to have been approved, and shall become effective, one year after the close of the Antarctic Treaty Consultative Meeting at which it was adopted, unless one or more Antarctic Treaty Consultative Parties notifies the Depositary, within that time period, that it wishes any extension of that period or that it is unable to approve the Measure.

3. Any amendment or modification of this Annex which becomes effective in accordance with paragraph 1 or 2 above shall thereafter become effective as to any other Party when notice of approval by it has been received by the Depositary.

Article 12

Le Fonds

1. Le secrétariat du Traité sur l'Antarctique gère et administre un fonds en conformité avec les Décisions, y compris les dispositions qu'auront adoptées les Parties et ce, afin d'assurer inter alia le remboursement des coûts raisonnables et justifiés encourus par une ou plusieurs des Parties lorsqu'elles prennent des actions en cas d'urgence conformément au paragraphe 2 de l'article 5.

2. Une ou plusieurs Parties peuvent faire, à la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique, une proposition de remboursement à payer sur le Fonds. Une telle proposition peut être approuvée par la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique; dans ce cas là, elle le sera au moyen d'une Décision. La Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique peut, s'il y a lieu, demander l'avis du Comité pour la protection de l'environnement sur cette proposition.

3. En vertu du paragraphe 2 ci-dessus, la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique prend dûment en considération des circonstances et critères particuliers comme: l'opérateur responsable était un opérateur de la Partie demandant le remboursement; l'identité de l'opérateur responsable demeurait inconnue ou n'était pas sujette aux dispositions de la présente annexe; il y avait une défaillance imprévu de la compagnie d'assurance ou de l'institution financière appropriée; ou il y avait une exonération prévue à l'article 8.

4. Tout Etat ou toute personne peut faire des contributions volontaires au Fonds.

Article 13

Amendement ou modification

1. La présente annexe peut être amendée ou modifiée par une Mesure adoptée conformément au paragraphe 1 de l'Article IX du Traité sur l'Antarctique.

2. Dans le cas d'une mesure relevant du paragraphe 4 de l'article 9 et dans tout autre cas, à moins que la mesure en question n'en dispose autrement, l'amendement ou la modification est considéré comme approuvé et prend effet un an après la clôture de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique au cours de laquelle il a été adopté, à moins qu'une ou plusieurs Parties consultatives au Traité sur l'Antarctique ne notifient au Dépositaire durant cette période qu'elles souhaitent une extension de cette période ou qu'elles ne peuvent approuver la mesure en question.

3. Tout amendement ou toute modification de la présente annexe qui prend effet conformément au paragraphe 1 ou 2 ci-dessus prend ensuite effet à l'égard de toute autre Partie à la date de réception par le Dépositaire de la notification d'approbation par celle-ci.

Artikel 12

Der Fonds

(1) Das Sekretariat des Antarktis-Vertrags unterhält und verwaltet in Übereinstimmung mit den Beschlüssen, einschließlich einer von den Vertragsparteien zu beschließenden Aufgabenstellung, einen Fonds, aus dem unter anderem die Erstattung der angemessenen und begründeten Kosten bestritten wird, die einer oder mehreren Vertragsparteien beim Ergreifen von Gegenmaßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 entstehen.

(2) Die Vertragsparteien können einzeln oder zu mehreren bei der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag einen Antrag auf Kostenerstattung aus dem Fonds stellen. Ein solcher Antrag kann von der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag durch Beschluss genehmigt werden. Die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag kann gegebenenfalls zu diesem Antrag den Rat des Ausschusses für Umweltschutz einholen.

(3) Besondere Umstände und Kriterien wie etwa die Tatsache, dass der verantwortliche Betreiber ein Betreiber der um Erstattung ersuchenden Vertragspartei ist, dass die Identität des verantwortlichen Betreibers unbekannt bleibt oder nicht durch diese Anlage erfasst ist, dass die betreffende Versicherungsgesellschaft oder Finanzinstitution unvorhergesehen ausfällt oder dass eine Befreiung nach Artikel 8 Anwendung findet, werden von der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag im Zusammenhang mit Absatz 2 gebührend berücksichtigt.

(4) Jeder Staat und jede Person können freiwillige Beiträge in den Fonds einzahlen.

Artikel 13

Änderung oder Ergänzung

(1) Diese Anlage kann durch eine nach Artikel IX Absatz 1 des Antarktis-Vertrags beschlossene Maßnahme geändert oder ergänzt werden.

(2) Im Fall einer Maßnahme nach Artikel 9 Absatz 4 und in jedem anderen Fall, sofern die betreffende Maßnahme nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, gilt die Änderung oder Ergänzung als genehmigt und tritt ein Jahr nach Beendigung der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag, auf der sie beschlossen wurde, in Kraft, sofern nicht eine oder mehrere Konsultativparteien des Antarktis-Vertrags während dieser Frist dem Verwahrer notifizieren, dass sie eine Fristverlängerung wünschen oder dass sie die Maßnahme nicht genehmigen können.

(3) Eine Änderung oder Ergänzung dieser Anlage, die nach Absatz 1 oder 2 in Kraft tritt, tritt danach für jede andere Vertragspartei in Kraft, sobald ihre Genehmigungsanzeige beim Verwahrer eingegangen ist.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Denkschrift

A. Allgemeines

Die Antarktis und die angrenzenden Meeresgebiete sind von großer Bedeutung für das Weltklima, weisen aber gleichzeitig eine äußerst empfindliche Umwelt auf. Aufgrund der niedrigen Temperaturen in der Antarktis verlaufen Regenerationsprozesse bei Schädigungen der antarktischen Umwelt erheblich langwieriger als in anderen Gebieten und Meeren der Erde. Gleichzeitig sind die Antarktis und die angrenzenden Meeresgebiete aufgrund ihrer einzigartigen Lage und Umwelt für wissenschaftliche Forschungen besonders bedeutsam. Sie sind zudem für touristische Besuche besonders attraktiv.

Der Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959 (BGBl. 1978 II S. 1517, 1518), dem derzeit 50 Staaten angehören (die Bundesrepublik Deutschland seit 1979),[1] enthält keine besonderen Bestimmungen zum Schutz der Umwelt. Nach intensiven Verhandlungen wurde am 4. Oktober 1991 ein umfangreiches Antarktis-Umweltschutzprotokoll beschlossen (BGBl. 1994 II S. 2478, 2479), das den Antarktis-Vertrag ergänzt und das antarktische Vertragssystem maßgeblich fortentwickelte.[2] Das Protokoll fordert unter anderem für bestimmte Maßnahmen die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und verbietet bis auf Weiteres die Förderung mineralischer Ressourcen. Neben einem Anhang zum Schiedsverfahren wurde das Protokoll bisher durch fünf Anlagen ergänzt, die Regelungen für bestimmte Tätigkeiten und konkrete Schutzgüter enthalten.[3] Weder das Protokoll noch dessen Anlagen I bis V enthalten inhaltliche Bestimmungen über die Haftung in umweltgefährdenden Notfällen. Die neue Anlage VI, der sogenannte Haftungsannex, wurde auf der Grundlage von Artikel 16 des Antarktis-Umweltschutzprotokolls erarbeitet, in dem sich die Vertragsparteien verpflichten, Regeln und Verfahren für die Haftung für Schäden auszuarbeiten, welche durch vom Protokoll erfasste Tätigkeiten in der Antarktis entstehen.

Verhandlungen über ein Umwelthaftungsregime für die Antarktis wurden bereits seit 1993 geführt. Die Bundesrepublik Deutschland, die sich intensiv im Bereich der Antarktisforschung und des Umweltschutzes in der Antarktis engagiert, insbesondere auch in die Erforschung globaler Umweltzusammenhänge investiert, hat sich während der langjährigen Verhandlungen für einen effektiven und praktikablen Haftungsmechanismus eingesetzt.

Die Anlage VI des Antarktis-Umweltschutzprotokolls verpflichtet erstmals diejenigen, die Maßnahmen in der Antarktis durchführen und Umweltnotfälle verursachen, die Kosten für die Beseitigung des durch den Notfall verursachten Schadens zu tragen. Diese Ansprüche sind nicht als Schadensersatz ausgestaltet, sondern knüpfen an die Kosten an, die bei der Beseitigung des Schadens entstehen. Wird der eingetretene Schaden nicht beseitigt, werden die fiktiven Kosten zugrunde gelegt, die bei einer Beseitigung entstanden wären.

Der vorliegende Antarktis-Haftungsannex stellt dabei einen ersten Schritt, aber nicht die in Artikel 16 des Antarktis-Umweltschutzprotokolls vorgesehene Errichtung eines umfassenden Haftungsregimes dar, da nicht umfassend der Ersatz der verursachten Schäden geregelt wird. Die vorliegende Anlage ist daher – wie von Artikel 16 des Antarktis-Umweltschutzprotokolls ausdrücklich vorgesehen – zukünftig völkerrechtlich um weitere Anlagen zu ergänzen, die weitere Regeln und Verfahren zur Haftung festlegen.

B. Besonderes

Zur Präambel

Die Annahme des Beschlusses über die Ausarbeitung der Anlage VI des Antarktis-Umweltschutzprotokolls erfolgte durch einstimmigen Beschluss der Konsultativtagung. In der Präambel wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Auswirkungen umweltgefährdender Notfälle auf die antarktische Umwelt zu vermeiden sowie umgehende und wirksame Gegenmaßnahmen vorzusehen, um auf solche Notfälle reagieren zu können. Zudem wird auf bereits vorhandene Regelungen des Antarktis-Umweltschutzprotokolls verwiesen. Insbesondere wird Bezug auf die aus Artikel 16 des Antarktis-Umweltschutzprotokolls resultierende Pflicht der Vertragsparteien genommen, in einer oder mehreren Anlagen Regeln und Verfahren in Bezug auf die Haftung für Schäden auszuarbeiten, die durch vom Protokoll erfasste Tätigkeiten in der Antarktis entstehen.

Zu Artikel 1 (Geltungsbereich)

Der Eingangsartikel bestimmt den räumlichen und sachlichen Geltungsbereich der Anlage.

Zu Artikel 2 (Begriffsbestimmungen)

Diese Bestimmung enthält Definitionen von Begriffen, die in den weiteren Artikeln der Anlage benannt werden. Zentral ist dabei der Begriff des Betreibers, den die Pflichten zu Gegenmaßnahmen und Kostentragung treffen. Betreiber ist derjenige, der eine vom Anwendungsbereich der Anlage erfasste Tätigkeit organisiert. Diejenigen, die eine Tätigkeit lediglich ausführen oder an ihr beteiligt sind, treffen keine Pflichten.

Zu Artikel 3 (Vorsorgemaßnahmen)

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, von ihren Betreibern das Ergreifen vernünftiger Vorsorgemaßnahmen zu verlangen.

Absatz 2 konkretisiert diese allgemeine Pflicht um mögliche Vorsorgemaßnahmen, die die Vertragsparteien ihren Betreibern auferlegen können, insbesondere die

1 Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Antarktis-Vertrag am 5. Februar 1979 bei (BGBl. 1979 II S. 420) (Konsultativstatus ab 3. März 1981), die Deutsche Demokratische Republik hatte ihn bereits am 13. November 1974 unterzeichnet (Konsultativstatus ab 1987).

2 Vgl. zur Genese Denkschrift zum Umweltschutzprotokoll vom 4. Oktober 1991 zum Antarktis-Vertrag, Bundestags-Drucksache 12/7490, S. 59.

3 Anlage I: Umweltverträglichkeitsprüfung; Anlage II: Erhaltung der antarktischen Tier- und Pflanzenwelt; Anlage III: Beseitigung und Behandlung von Abfällen; Anlage IV: Verhütung der Meeresverschmutzung; Anlage V: Schutz und Verwaltung von Gebieten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Verwendung spezieller Ausrüstung, spezielle Verfahren und eine spezielle Schulung des Personals.

Zu Artikel 4 (Einsatzpläne)

Nach den Absätzen 1 und 2 müssen die Vertragsparteien von ihren Betreibern verlangen, Einsatzpläne für die Reaktion auf Zwischenfälle mit möglichen nachteiligen Auswirkungen auf die antarktische Umwelt aufzustellen und dabei zusammenzuarbeiten. Diese Einsatzpläne sollen gegebenenfalls bestimmte Angaben enthalten.

Absatz 3 bestimmt, dass die Vertragsparteien Verfahren für die Meldung von und Reaktion auf umweltgefährdende Notfälle festzulegen und die Anwendung dieser Verfahren durch ihre Betreiber zu fördern haben.

Zu Artikel 5 (Gegenmaßnahmen)

Diese Bestimmung regelt das Ergreifen von Gegenmaßnahmen in umweltgefährdenden Notfällen durch die Betreiber selbst, die Vertragspartei des Betreibers und andere Vertragsparteien.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, ihren Betreibern die Verpflichtung aufzuerlegen, in von jenen verursachten umweltgefährdenden Notfällen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Nach Absatz 2 kann jede Vertragspartei die Maßnahmen anstelle des Betreibers durchführen, wenn der Betreiber keine Maßnahmen ergreift.

Bei einer Ersatzvornahme sind die detaillierten Voraussetzungen der Absätze 3 bis 5 zu beachten. Sie haben zum Ziel, der Vertragspartei des Betreibers zunächst selbst die Möglichkeit einzuräumen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Bevor andere Vertragsparteien tätig werden, unterliegen sie daher einer Notifizierungspflicht gegenüber dem Heimatstaat des Betreibers. Andere Vertragsparteien dürfen nur dann Maßnahmen ergreifen, wenn Gefahr in Verzug vorliegt oder der Heimatstaat des Betreibers untätig bleibt. Vertragsparteien, die Gegenmaßnahmen ergreifen, haben alle beteiligten oder betroffenen Vertragsparteien zu konsultieren.

Zu Artikel 6 (Haftung)

Dieser Artikel regelt die Zahlungspflichten von Betreibern, die keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergreifen.

Absatz 1 bestimmt, dass der Betreiber gegenüber den Vertragsparteien, die anstelle des Betreibers Gegenmaßnahmen ergreifen, für die dabei entstandenen Kosten haftet.

Absatz 2 begründet einen Zahlungsanspruch auch für die Fälle, in denen keine Ersatzvornahme erfolgt ist. Bleibt der entstandene Schaden unbehoben, entstehen niemandem Kosten und Aufwendungen. Dennoch müssen staatliche Betreiber nach Absatz 2 Buchstabe a grundsätzlich eine Zahlung an einen internationalen Fonds (Artikel 12) leisten, deren Höhe den Kosten entspricht, die bei Ergreifen von Gegenmaßnahmen nach Artikel 5 entstanden wären. Absatz 2 Buchstabe b enthält davon abweichende Bestimmungen für die Zahlungspflicht nichtstaatlicher Betreiber. Die Zahlung kann an den Fonds selbst, die Vertragspartei des Betreibers oder die Vertragspartei erfolgen, die den Durchsetzungsmechanismus nach Artikel 7 Absatz 3 in Gang setzt. Erhält eine Vertragspartei auf diesem Wege Zahlungen, soll sie sich nach besten Kräften bemühen, einen Beitrag in den Fonds einzuzahlen, der mindestens der vom Betreiber bezahlten Summe entspricht.

Absatz 3 bestimmt, dass die beschriebene Haftung unabhängig von einem möglichen Verschulden des Betreibers eintreten soll.

Nach Absatz 4 haften in dem Fall, dass zwei oder mehr Betreiber an einer Tätigkeit beteiligt sind, alle beteiligten Betreiber gesamtschuldnerisch für dabei entstandene umweltgefährdende Notfälle.

Absatz 5 stellt klar, dass die Anlage die völkerrechtliche Staatenimmunität von Kriegsschiffen, Flottenhilfsschiffen und sonstigen Schiffen unberührt lässt.

Zu Artikel 7 (Klagen)

Dieser Artikel regelt die Durchsetzung der in Artikel 6 beschriebenen Zahlungsverpflichtungen.

Die Absätze 1 und 2 bestimmen, dass eine Vertragspartei Forderungen gegen einen nichtstaatlichen Betreiber nach Artikel 6 Absatz 1 nur geltend machen kann, wenn sie Gegenmaßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 ergriffen hat. In jedem Vertragsstaat, in dem ein Betreiber seinen rechtlichen Sitz oder geschäftlichen Hauptsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, muss ein Gerichtsstand bestehen. Zudem werden Fristen für die Klageverfolgung bestimmt.

Absatz 3 verpflichtet die Vertragsparteien, einen Mechanismus zur Durchsetzung der in Artikel 6 Absatz 2 geregelten Zahlungspflichten zu schaffen.

Die Absätze 4 bis 6 schließen die Geltung der Absätze 1 bis 3 für staatliche Betreiber aus. In diesem Fall sind Schiedsverfahren nach Maßgabe des Antarktis-Umweltschutzprotokolls durchzuführen. Über Ansprüche aus Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a gegen staatliche Betreiber entscheidet die Konsultativtagung.

Zu Artikel 8 (Befreiungen von der Haftung)

Dieser Artikel bestimmt Ausnahmen von der in Artikel 6 beschriebenen Haftung.

Nach Absatz 1 haftet ein Betreiber nicht, wenn der umweltgefährdende Notfall dadurch ausgelöst wurde, dass Leben oder Sicherheit von Menschen geschützt werden mussten, sich eine nicht vorhersehbare Naturkatastrophe ereignet hat oder ein terroristischer oder kriegerischer Akt begangen wurde.

Nach Absatz 2 haftet eine Vertragspartei nicht, wenn sie Gegenmaßnahmen im Wege der Ersatzvornahme ergreift und dabei ein (weiterer) Notfall entsteht.

Zu Artikel 9 (Haftungshöchstbeträge)

Dieser Artikel definiert Höchstbeträge für die Zahlungsverpflichtungen der Betreiber.

Absatz 1 bestimmt Höchstbeträge für die Haftung nach Artikel 6 Absatz 1 oder 2. Die Bestimmung unterscheidet dabei zwischen Notfällen infolge von Ereignissen mit und ohne Beteiligung eines Schiffes.

Absatz 2 stellt eine Kollisionsklausel dar, nach der in bestimmten Fällen völkerrechtliche Verträge zur Haftungsbeschränkung vorrangig Anwendung finden sollen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Nach Absatz 3 ist die Haftung unbeschränkt, wenn der umweltgefährdende Notfall durch eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Handlung des Betreibers verursacht wird.

Die Absätze 4 und 5 enthalten Vorschriften über die Anpassung der Haftungshöchstbeträge in der Zukunft sowie weitere Definitionen.

Zu Artikel 10 (Haftung des Staates)

Nach dieser Bestimmung haften die Vertragsparteien für Unterlassungen ihrer nichtstaatlichen Betreiber nur, wenn sie die ihr obliegenden Pflichten hinsichtlich Gesetzgebung, Verwaltung und Durchsetzung von Vorschriften nicht erfüllt haben.

Zu Artikel 11 (Versicherung und sonstige finanzielle Sicherheit)

Nach den Absätzen 1 und 2 müssen die Vertragsparteien von ihren Betreibern verlangen, über eine ausreichende Versicherung oder eine andere finanzielle Sicherheit zur Sicherung möglicher Ansprüche aus Artikel 6 Absatz 1 zu verfügen. Für Forderungen aus Artikel 6 Absatz 2 können sie eine ausreichende Versicherung oder andere finanzielle Sicherheit verlangen, sind dazu aber nicht verpflichtet.

Absatz 3 regelt, dass für staatliche Betreiber die Leistung einer Sicherheit durch eine Selbstversicherung ersetzt werden kann.

Zu Artikel 12 (Der Fonds)

Dieser Artikel beschreibt Einrichtung und Funktionsweise eines Fonds, in den Zahlungen aus Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a fließen sollen. Aus dem Fonds können Vertragsparteien die Erstattung von Kosten beantragen, die ihnen beim Ergreifen von Gegenmaßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 entstehen.

Zu Artikel 13 (Änderung oder Ergänzung)

Dieser Artikel enthält Vorschriften für zukünftige Änderungen oder Ergänzungen dieser Anlage.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.